

Kolumbien-aktuell

No. 433

17. Juli 2006

1. Menschenrechte:

- Ⓢ **Megaprojekte auf dem Land der afrokolumbianischen Gemeinschaften**
- Ⓢ **Die Ausweitung des Schlachtfeldes**

2. Wirtschaft:

- Ⓢ **Kommerzielle Aspekte in der Beziehung zwischen Kolumbien und Venezuela - Interview mit der Präsidentin der kolumbianisch-venezolanischen Handelskammer, Marie Luisa Chiappe**
- Ⓢ **Gierige Banken**

Leitungsequipe:

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

Direktion:

Natalia Rey

Redaktionsequipe:

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camilo Tamayo

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinep.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: askluzern@datacomm.ch; Internet: www.kolumbien-aktuell.ch

1. Menschenrechte:

Megaprojekte auf dem Land der afrokolumbianischen Gemeinschaften

Vieles wurde über die Situation der AfrokolumbianerInnen gesagt, welche in ihren ursprünglichen Territorien leben und über die Wichtigkeit, dass ihnen gewisse Rechte anerkannt werden, wie jenes auf kollektiven Grundbesitz. Dieses Recht wird heute aufgrund der Industrialisierung der natürlichen Bodenschätze ernsthaft in Frage gestellt.

Von Henri Tenorio Segura, Präsident des Komites für die Entwicklung der Pazifikküste - Coprodepa

Werfen wir einen Blick auf die Ereignisse, welche heute vor allem im Departement Chocó geschehen. Dieses Departement steht heute zwischen Armut und Reichtum. Dieses Panorama ist insofern paradox, da für die ursprüngliche Bevölkerung dieses Teiles des Landes die Armut eine Konstante in ihrem Leben zu sein scheint, während für die Investoren und grossen Kapitalgeber diese Armut eine Möglichkeit darstellt, in den Besitz von grossen Ländereien und den besten

Ausgangsmöglichkeiten zu kommen, welche strategische Gebiete wie der Mittel- und Unterabschnitt des Atrato-Flusses bieten. Ein Gebiet, das ein bedeutender Teil des sogenannten biogeografischen Chocó ist.

Dies wiederum steht in Verbindung zu zwei weiteren Faktoren, welche auf die eine oder andere Weise mit der Entwicklung dieser Gemeinschaften zu tun haben: 1. Der starke Einfluss von Guerilla und Paramilitärs, welche eine ständige Auseinandersetzung um diese Gebiete der ethnischen Gruppen führen, insbesondere um jene Gebiete, die für die Entwicklung von Megaprojekten von Interesse sind, z.B. den Bau des Kanals Atrato - Truándo und die Errichtung von Ölpalmlantagen. 2. Die geringe staatliche Präsenz; trotz der andauernden Anklagen von afrokolumbianischen Organisationen und staatlichen Aufsichtsbehörden (Procuraduría und Defensoría) hat der Staat nicht die Kapazität, das Leben und die Unversehrtheit der ursprünglichen Bevölkerung dieser Gebiete zu schützen und zu garantieren. Die von der Regierung und diesen Gemeinschaften unterzeichneten Aktionspläne, um auf die Bedürfnisse und Probleme der Bevölkerung einzugehen, werden von der Regierung regelmässig missachtet.

In diesem düsteren Panorama verdienen die Ereignisse in den Flussgebieten des Curbaradó und des Jiguamiandó besondere Aufmerksamkeit. Dort ist ein Konflikt zwischen ursprünglicher Bevölkerung, bewaffneten Gruppen und neuangesiedelten Bewohnern entstanden. Die ursprüngliche Bevölkerung kämpft um die Respektierung ihrer ursprünglichen und kollektiven Rechte, welche der Gemeinschaft kollektive Landtitel einräumt, dies aufgrund der Verfassung von 1991 und insbesondere durch das Gesetz 70 von 1993. Die bewaffneten Gruppen kämpfen um die Vorherrschaft und die Kontrolle über das Territorium und die neuangesiedelten BewohnerInnen wollen in den Besitz von grossen Ländereien gelangen, auf welchen illegal Ölpalmlantagen für die Öl- und Treibstoffproduktion angelegt werden.

Aufgrund dieses Panoramas ist es angezeigt, auf die tatsächliche Reichweite der Rechte der afrokolumbianischen Gemeinschaften in Bezug auf den Grundbesitz hin zu weisen. Die ursprüngliche Bevölkerung steht heute zwischen Tod und Vertreibung, obwohl eine besondere Gesetzgebung zu ihrem Schutz und zur Wahrung ihrer kulturellen Identität, wie auch zur Garantierung ihres kollektiven Landbesitzes auch am Unterlauf des Atrato-Flusses besteht. Realität ist, dass diese Gemeinschaften permanent bedrängt und der Willkür externer Mächte unterworfen werden, sei dies durch den Druck der Waffen oder durch die Kolonisierung durch das agroindustrielle Kapital. Beide versuchen um jeden Preis in den Besitz dieser Gebiete zu kommen, wobei die Rechte der ursprünglichen Bevölkerung mit Füßen getreten werden. Verschärfend kommt dazu, dass einige Behörden und Institutionen, welche zur Lösung dieser Probleme beitragen müssten, dieses Treiben der externen Mächte dulden und zulassen.

Von daher bekommt die Anklage von afrokolumbianischen, nicht-staatlichen und Menschenrechtsorganisationen und ihre Forderung nach einer grösseren staatlichen Präsenz in diesem Gebiet eine besondere Bedeutung. Diese Organisationen verlangen, dass das Überleben der afrokolumbianischen Gemeinschaften als Völker wie auch die Rechte der Bevölkerung garantiert werden. Dazu soll die Regierung entschiedene Massnahmen für eine nachhaltige und ganzheitliche Entwicklung treffen. Doch diese Forderungen sind schon oft erhoben worden und haben keine Antwort erhalten, ebenso wie auch das Recht auf eine gerechte und wirkliche ethnische Anerkennung der afrokolumbianischen Gemeinschaften des Chocó bis heute unbeachtet geblieben ist.

Die Ausweitung des Schlachtfeldes

Der Direktor der Stiftung für Pressefreiheit, Carlos Cortés, kommentiert häufig über Internet vermittelten Drohungen gegen JournalistInnen und NGO, die Zwiespältigkeit des Internets als ein chaotisches Schlachtfeld, aber auch ein kostbarer Raum für die Kommunikation und das Zusammenleben.

Von Carlos Cortés, Direktor der Stiftung für Pressefreiheit

Ein Journalist erhält ein SMS auf seinem Mobiltelefon: *Du schwule Sau, hör auf so viel im Radio zu sprechen, oder du wirst die Stadt verlassen müssen.* Ein anderer erhält eine Nachricht über seine Internetseite: *Schade, dass sich ein Journalist für ein paar Pesos verkauft. Pass auf!* Und verschiedene NGO's erhalten über e-mail eine Warnung: *Wir verfolgen jeden eurer Schritte mit grosser Aufmerksamkeit. Wir haben damit begonnen, euch zu beweisen, dass wir nicht spielen. Ihr seid zu militärischen Zielen erklärt.* Die drei Beispiele haben zwei Charakteristiken gemeinsam: Es sind Drohungen und sie wurden über elektronische Medien übermittelt.

Diese Modalität von Drohungen kommt zu den bekannten Formen dazu: Den anonymen Briefen, den Todesanzeigen, den durch Dritte oder durch makabre Geschenke übermittelten Drohungen. Jede mögliche Form wird benutzt, um einer Person oder einer Familie Schlimmes anzukünden oder anzudrohen.

Wenn auch das Ziel dieser Drohungen das gleiche ist, so stellt uns die Zunahme des Einsatzes von elektronischen Medien um Drohungen und Einschüchterungen zu übermitteln vor enorme Herausforderungen. Dies nicht nur in Bezug auf die polizeilichen und juristischen Ermittlungen, sondern auch in Bezug auf die Meinungsäusserungsfreiheit.

Das Internet wurde anfänglich - und wird vielleicht heute noch - als unendlicher und vor allem anonymer Raum verstanden. Und wenn niemand weiss wer spricht, von wo und mit welcher Motivation gesprochen wird, dann verlieren sich die ethischen Grenzen und das Verbrechen tritt in Erscheinung. Oder wie der Journalist Javier Dario Restrepo sagt: *Die Ethik beginnt, wenn der Andere in Erscheinung tritt.* Viele glauben, dass im Cyberspace weder sie noch der Andere da sind. Doch dem ist nicht so.

Die Konflikte um die Ausübung der Meinungsäusserungsfreiheit tauchen nur im sozialen Spannungsfeld auf. Wenn kein Muslim die dänischen Zeitungen gesehen hätte, dann hätte es auch keine Wut und Auseinandersetzung über die Karikaturen des Propheten Mohammed gegeben. Auf einer einsamen Insel zu schreien, schmerzt nur den Schiffbrüchigen selber. Doch Tausende von Muslimen sahen die Karikaturen, boykottierten dänische Waren und einige griffen gar Botschaften der westlichen Länder an.

Ich möchte nicht auf eine Diskussion über die Ehre und den guten Ruf der Religionen eintreten - dies würde leicht zu einer anderen Debatte führen - sondern mich auf zwei Herausforderungen konzentrieren, welche uns das Internet stellt: Die Auswahl der Inhalte und die Identifizierung der Autoren. Wir finden Information über jegliches mögliche Thema. Die überwiegende Mehrheit dieser Information kommt von unbekanntem oder zweifelhaften Produzenten. Doch wir finden diese Information nicht nur, sondern sie gelangt auch in unser e-mail und auf unsere Websites.

Im Gegensatz zu dem, was viele meinen, haben die Medien den Protagonismus im Internet nicht verloren. Allerdings müssen sie diesen mit Monstern wie Google und Yahoo teilen und mit diesen konkurrenzieren. Aufgrund der Informationsflut ist das Risiko noch grösser geworden, ein Unwissender zu sein. Oder wie Estanislao Zuleta sagte: *Ein Unwissender ist nicht jemand, der über kein Wissen verfügt, sondern jemand, der wie verrückt das Wenige glaubt, das er weiss.* Die Medien und die Technologie übernehmen die Aufgabe, eine bereinigte und den Interessen der NutzerInnen angepasste Information zu liefern. Im Meer der Daten bieten sie einen stillen See zum Fischen an.

Doch auch so scheinen die Filter und die Selektionsprogramme nicht zu genügen. Die Leserforen, die Suchmaschinen und die e-mails füllen sich mit Schrott - und noch schlimmer, mit Drohungen

und Einschüchterungen. Doch einige Erfolge sollen hervor gehoben werden. Die Portale einiger Medien Kolumbiens - so z.B. von Semana und El Tiempo - verlangen von den Nutzern, dass sie sich für die Teilnahme an Foren und Blogs identifizieren. Es ist keine definitive Lösung, doch die Botschaft ist klar: *Sag was du willst, aber identifiziere dich*. Wenn man Steine wirft, wird man sich nicht mehr hinter einem Zaun verbergen können. Diese Selbstregulierung beginnt Wirkung zu zeigen.

Dann ist auch die Arbeit von Yahoo und Google zu erwähnen, um Drohungen zu entdecken, welche über ihre Gratisdienstleistungen verschickt werden und auch gewisse Informationen zu kontrollieren, die an ihre Suchmaschinen gelangen (Missbrauch von Minderjährigen, Menschenhandel, Terrorismusnetze, etc.).

Beides hat seine gute und seine schlechte Seite. Die NGO JournalistInnen ohne Grenzen hat die Komplizenschaft von Google mit der Repression der chinesischen Regierung in Bezug auf die Meinungsäußerungsfreiheit angeklagt. Beide Unternehmen haben aber auch zu polizeilichen Untersuchungen wichtige Informationen geliefert, um die Herkunft von Drohungen ausfindig zu machen, die Autoren zu ermitteln und weitere relevante technische Daten zu erheben. Die technische Fähigkeit der Ermittlungsorgane ist weit fortgeschrittener, als manche glauben.

Die elektronischen Drohungen dürfen nicht unterschätzt werden. Jedwelche Drohung verdient mit Vorsicht behandelt zu werden. Trotzdem müssen sie in der Perspektive und in der doppelten Funktion des Internets analysiert werden: Ein chaotisches Schlachtfeld, aber auch ein wertvoller Raum der Kommunikation und des Zusammenlebens, der langsam seine eigenen Grenzen findet.

2.Wirtschaft:

Kommerzielle Aspekte in der Beziehung zwischen Kolumbien und Venezuela - Interview mit der Präsidentin der kolumbianisch-venezolanischen Handelskammer, Marie Luisa Chiappe

Von Daniel Garrido für Kolumbien-aktuell

Aufgrund der ideologischen Differenzen der Präsidenten könnte es scheinen, dass die diplomatischen Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela leicht in Krise geraten können. Kürzlich ist es jedoch zu einigen Treffen zwischen Chávez und Uribe gekommen, bei denen versucht wurde, die Beziehungen zu festigen und wichtige Geschäfte zu tätigen. *Kolumbien-aktuell* interviewte Maria Luisa Chiappe, die Präsidentin der kolumbianisch-venezolanischen Handelskammer. Sie berichtet über die wichtige Handelsagenda zwischen den beiden Nachbarländern und den neuen Handelsräumen, die sich aus dem Interesse an den energetischen Rohstoffen ergeben.

Kolumbien-aktuell (K-a): Einige Experten meinen, dass Kolumbien unter der Regierung Uribe weder Venezuela noch dem Andenbündnis CAN die Priorität eingeräumt hat, welche sie verdienen würden. Was denken Sie dazu?

Maria Luisa Chiappe (MLC): Die Länder des Andenbündnisses waren in die Aushandlung von bilateralen Freihandelsabkommen mit den USA (TLC) involviert. Dabei haben sie die Bedeutung der Integration und des Aufbaus eines Marktes zwischen ihren Ländern und den USA für die Vermarktung ihrer Produkte und zur Diversifizierung ihrer Exporte neu eingeschätzt.

Verwickelt in dieses Thema des TLC und dessen vermeintlichen Versprechen für die Märkte der Andenländer hat die ganze Andine Staatengemeinschaft - vielleicht mit Ausnahme Boliviens - die Garantierung des venezolanischen Marktes als eine gegebene Tatsache betrachtet und sich keine Mühe gegeben, diese Beziehungen zu Venezuela während der Verhandlung des TLC besonders zu

pflegen. Venezuela seinerseits ist nicht an einem bilateralen Freihandelsabkommen mit den USA interessiert, da es ein solches nicht braucht, nicht weil es die Politik der Andenländer nicht unterstützen will. Venezuela hat eine Wirtschaft, die kein Freihandelsabkommen mit den USA benötigt. Unter den Bedingungen des Welthandels kann Venezuela die Produkte seiner wichtigsten Industrie (Petrochemie, Stahl und Aluminium) zu sehr guten internationalen Preisen verkaufen. Es herrscht eine übergrosse Nachfrage nach allen Produkten der venezolanischen Industrie, nicht nur nach dem Erdöl.

Dieses Problem (die Nichtbeachtung der Beziehungen zu Venezuela) betrifft nicht nur Kolumbien. Es war ein allgemeines Problem der Andenländer, dass sie verkannten, dass der venezolanische Markt zu wichtig für uns alle ist, um ihn im Rahmen der Verhandlungen der TLC derart zu vernachlässigen. Kolumbien muss den Zollschatz mit Venezuela und den venezolanischen Markt pflegen und versuchen, diesen aufrecht zu erhalten.

AC: Wie hat sich der Entscheid von Präsident Chávez weiterentwickelt, Venezuela aus dem Andenbündnis CAN herauszulösen?

Venezuela ist aus dem Andenbündnis CAN ausgetreten. Dies ist eine Tatsache. Die Aussagen Venezuelas diesbezüglich sind absolut klar und es gibt keinen Zweifel daran, dass Venezuela nicht mehr zum CAN gehört. Ungewiss ist jedoch, welche Regeln von nun an gelten werden. Es wurde viel vom Abkommen von Cartagena gesprochen, welches einen Zeitraum von fünf Jahren vorsieht, während dem das aus dem CAN austretende Land den Freihandel mit den anderen Andenländern aufrecht erhalten muss.

Die Andengemeinschaft hat versucht, zu einem Abkommen mit Venezuela zu kommen, damit durch Übergangsregelungen der grösstmögliche Teil der heute geltenden Regeln des CAN weiter bestehen bleibt. Doch das Abkommen von Cartagena sieht nur vor, dass das austretende Land nur Zollfreiheit garantiert. Alles andere kann es theoretisch ändern, da es nicht mehr an das Bündnis gebunden ist und keinerlei diesbezügliche Normen erfüllen muss.

Gegenüber dem Austritt von Venezuela aus dem CAN gibt es verschiedene Optionen. Eine davon wurde oft erwähnt, nämlich ein bilaterales Abkommen zwischen Venezuela und Kolumbien. Es gibt auch die Option eines bilateralen Abkommens zwischen Venezuela und dem CAN. Theoretisch gibt es auch noch eine dritte Option, nämlich, dass das CAN interne Reformen durchführen würde, welche die Rückkehr Venezuelas in die Andengemeinschaft erlauben würde. Zur Zeit sind wir näher an einem bilateralen Abkommen als an einer Rückkehr Venezuelas in die Andengemeinschaft.

AC: Das Interesse an den energetischen Ressourcen scheint weit über den diplomatischen und ideologischen Differenzen zu stehen und Verbindungen zwischen den Regierungen von Uribe und Chávez zu ermöglichen, so wie wir es diese Woche erlebt haben. Sagen Sie uns etwas über die heutige Reichweite der bilateralen Handelsagenda.

MLC: Historisch ist es so, dass der Handel eine wichtige Brücke zwischen den beiden Ländern war. Seit wir eine Freihandelsstabilität zwischen den beiden Ländern haben - seit den 90er Jahren - ist die Beziehung relativ gut. Der Handel war ein sehr wichtiges, ausgleichendes Element.

Man könnte sagen, dass es eine konfliktive Agenda gibt. Es ist dies die Agenda der Grenze, des Transits, der Delinquenz und all der Probleme aufgrund dieser immensen Grenze zwischen den beiden Ländern. Aber es gibt auch eine Agenda der Konvergenz: Die Handelsagenda. Die Handelsbeziehungen sind derart stark, dass nicht einmal die Konflikte, welche in den letzten Jahren wiederholt aufgetreten sind, diesen beeinträchtigt haben. Der Handel hat eine eigene Dynamik. Die Produkte, die wir nach Venezuela exportieren, könnten wir nur sehr schwerlich mit dem gleichen Erfolg in entwickelte Länder exportieren, dies aufgrund der Konkurrenz, die diese Produkte dort vorfinden würden.

AC: Welche neuen Szenarien ergeben sich aus dem Bau der Gaspipeline Ballenas - Lago Maracaibo?

MLC: Es ist eine neue Facette einer äusserst wichtigen und vielversprechenden Beziehung, denn in diesem Fall von Infrastruktur können wir Venezuela ein interessantes Angebot machen. Im Bereich des Handels sind wir nicht so wichtig, da Venezuela viele Alternativen hat, doch im Fall des Transports der energetischen Ressourcen gibt es eine sehr wertvolle Möglichkeit, welche Kolumbien Venezuela anbieten kann, nicht nur um Gas, sondern eventuell auch um Erdöl an den Pazifik zu transportieren.

Die kolumbianisch-venezolanische Handelskammer hat sehr darauf insistiert, dass die Agenda der beiden Länder mehr Wert auf Aspekte der Infrastruktur legt. Wir glauben, dass dies der tatsächliche Ausweg aus den Problemen in den bilateralen Beziehungen ist und dass so, wie Venezuela uns einen sehr vielversprechenden Markt anbietet, wir Venezuela den Transit seiner Produkte anbieten müssen, was für die Ziele Venezuelas ebenfalls vielversprechend ist.

AC: Das Thema des bewaffneten Konfliktes bleibt ein Streitpunkt zwischen Kolumbien und Venezuela. Sagen Sie uns etwas über die heutige Situation im Grenzgebiet und in Bezug auf die Bewegungsfreiheit der bewaffneten Akteure im Grenzraum.

MLC: Dies ist ein bedauerlicher Punkt, den die beiden Länder gemeinsam angehen müssen. Mitte der vergangenen Dekade wurde erstmals erreicht, dass sich die kolumbianische und venezolanische Armee über die gemeinsame Bekämpfung der Guerilla und des Drogenhandels einigten. Diese Art von Zusammenarbeit ist von grösster Bedeutung für die beiden Länder, die einen komplizierten Grenzverlauf miteinander teilen.

Die Präsidentin der Handelskammer betonte die folgenden Daten bezüglich der Handelsbeziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela:

- ⊙ Venezuela ist der wichtigste Käufer und Kolumbien ist der wichtigste Verkäufer in der Andenregion. So sind beide Länder grundlegender Bestandteil des Handels der Andengemeinschaft CAN.
- ⊙ Im vergangenen Jahr exportierte Kolumbien für rund 2,1 Mrd. US-Dollar nach Venezuela, dies bedeutete einen Exportzuwachs von fast 30%. Auch im Jahr 2006 läuft der Handel sehr gut. Es gibt provisorische Zahlen der ersten drei Monate, wobei sich wiederum ein Wachstum von rund 30% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres abzeichnet.
- ⊙ Und ein Vergleich: Der Produktkorb welcher in die USA und nach Venezuela exportiert wird, setzt sich völlig unterschiedlich zusammen. 83% der nach Venezuela exportierten Produkte stammen aus handwerklicher Produktion und nur 17% sind unverarbeitete Grundprodukte. Demgegenüber werden in die USA 82% unverarbeitete Grundprodukte und nur 18% handwerklich produzierte Produkte exportiert.

Gierige Banken

Vor einigen Monaten, als die kolumbianischen Banken ihre fabelhaften Gewinne des Jahres 2005 bekannt gaben, wollte ich nachforschen, mit welcher Summe ich an diese Beute beigetragen habe.

Von Alvaro Delgado, Forscher am CINEP und Kolumnist von Kolumbien-aktuell

Ich habe ein Sparkonto bei der Sparkasse Conavi um meine bescheidenen Einkünfte des *Estrato 3* zu verwalten (A.d.Ü. In Kolumbien werden sechs soziale Schichten - *estratos* - unterschieden, wobei *Estrato 6* die reichste und *Estrato 1* die ärmste ist), öffentliche Dienstleistungen zu bezahlen und meinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber zwei Familien nachzukommen. Pro Monat beziehe

ich höchstens ein bis zwei Mal Geld, um meine täglichen Ausgaben decken zu können. Nie hebe ich Geld von den berüchtigten Bankautomaten ab, und ich bin nie in den Genuss eines Bankkredites gekommen. Doch auch so verliere ich. Ich spare mit meinem Sparkonto nichts. Ich habe die Bankauszüge der letzten sechs Monate vor mir, vom 1. Oktober 2005 bis zum 31. März 2006. Schauen wir die Abrechnung an: Die Bank belastet mir 70'870 Pesos für die Kontoführung; die Regierung holt sich 54'906 mit der 4 Promille-Steuer (*A.d.Ü. Jede Finanztransaktion wird in Kolumbien mit einer 4 Promille-Steuer belegt*). Insgesamt verliere ich so 125'776 Pesos, während ich durch Zinse ganze 19'833 Pesos erhalte.

Conavi nimmt mir also mehr als dreieinhalb mal so viel, wie sie mir gibt. In einem Jahr unterstütze ich die Bank und die Regierung mit 211'886 Pesos, was 10% meines Monatseinkommens entspricht. Bevor mein Lohn aber auf das Sparkonto kommt, wird bereits rund 11% als Quellensteuer und an anderen Abzügen getätigt, denn ich arbeite als Dienstleistungserbringer. Das heisst: Ich leihe der Bank mein Geld, die Bank arbeitet damit während sechs Monaten und darüber hinaus muss ich noch dafür bezahlen, dass ich der Bank die Dienstleistung mache, mein Geld zu leihen. Auch wenn es nicht viel ist, so ist es doch ein Kredit, den ich gebe und eigentlich ist anzunehmen, dass wer Kredit gibt, gewinnt und nicht verliert.

Ich versuche mir vorzustellen wie die Situation der Hunderttausenden von Personen ist, die in einer ähnlichen Lage wie ich sind. Dabei kommen mir die Angaben zu Hilfe, welche in einer Anklage enthalten sind, die die Gewerkschaft der Bankangestellten UNEB und die Einheitsgewerkschaft CUT in Bezug auf ein Dekret des Finanzministeriums gemacht haben, durch welches der Artikel 92 des Bankengesetzes modifiziert werden soll. Dadurch soll in Kolumbien das System von *Bankfilialen* als ein Mechanismus geschaffen werden, um dem Finanzsektor zu Wachstum zu verhelfen.

Die Gewerkschaften erinnern daran, dass durch das Gesetz 45 von 1990 eine tiefgreifende Reform des nationalen Finanzwesens durchgeführt wurde, mit dem Versprechen, eine höhere Konkurrenzfähigkeit zu erreichen, welche den BürgerInnen bessere Dienstleistungen zu erreichbaren Kosten bringen würde. Das Ziel sei - so wurde gesagt - die Zwischenhandelsmargen und die Bankkosten zu reduzieren. Dann kam die Arbeitsreform (Gesetz 50 von 1990) und das Gesetz über soziale Sicherheit (Gesetz 100 von 1993), welche die operationellen Kosten der Banken senkten und enorme Ersparnisse der Arbeitenden an das Finanzsystem überwiesen. Dies alles führte zu einem signifikanten Anstieg der Gewinne der Banken und ihrer Aktionäre.

Als die Finanzkrise Ende der 90er Jahre überwunden war, stiegen diese Gewinne nochmals erheblich.

Im Dezember 2005 betrug die akkumulierten Bankgewinne 3,37 Billionen Pesos (rund 1,475 Mrd. US-Dollar). Das kolumbianische Finanzsystem, welches in der Etappe der Krise (1998-2000) 3,4 Billionen Pesos verlor, hat in den letzten fünf Jahren (2001-2005) gegen 8,7 Billionen Pesos Gewinne eingefahren. Sie sind das Resultat des grossen Spielraums bei Finanzgeschäften, den höheren Kosten für Bankdienstleistungen (Abgaben und Kommissionen), den hohen Einkünften aus der Finanzspekulation (öffentliche Schulden) und den geringeren Verwaltungskosten aufgrund des Personalabbaus. Diese Flexibilisierung hat nicht zu substantiell besseren Dienstleistungen gegenüber den Kunden geführt. Die Gewinnmarge von rund 10% für Finanzgeschäfte liegt über dem internationalen Mittel von rund 3%. Die Kosten für die Bankdienstleistungen steigen und nehmen einen immer bedeutenderen Platz bei den Bankeinkünften ein. Die Einnahmen, die nicht aus dem Kreditgeschäft stammen, sind von 820'452 Mio. Pesos im Dezember 1995 auf 3,016 Billionen Pesos im Dezember 2005 gestiegen. Für die gewöhnlichen BürgerInnen gibt es keine geringeren Kosten, wohl aber gibt es fabelhafte Gewinne für die Bankiers.

Das Projekt der Bankfilialen würde zu noch höheren Gewinnen führen, denn dadurch würden die

operationellen Kosten erheblich gesenkt, jedoch keine Begrenzung der Kosten für Bankdienstleistungen eingeführt. Es gibt keinerlei Regelung, welche verhindert, dass die Banken die aktuell gültigen Belastungen gegenüber den Kunden weiter einfordern, statt die verringerten Kosten an den Kunden weiter zu geben. Die Banken hätten die Freiheit, ihre eigenen Filialen zu gründen und Dritte von diesen Geschäften auszuschliessen. Die aktuellen Filialen könnten geschlossen und durch die neuen Betriebe ersetzt werden. Die Banken haben die Freiheit, das neue System im ganzen Land einzuführen, ohne jegliche Einschränkung. Damit wird das proklamierte Ziel, die Bankdienstleistungen in die entlegenen Gebiete des Landes zu bringen, verdreht. Die neuen Bankfilialen bedeuten auch eine neue Verschlechterung einer stabilen und nach dem gültigen Gesamtarbeitsvertrag bezahlten Anstellung. Die Angestellten dieser neuen Filialen hätten keinerlei Verbindung zu den Banken, obwohl sie von diesen gegründet würden. Der vorgesehene Mechanismus wird damit zu einer Verspottung des Arbeitsrechtes und bedeutet eine Einschränkung des Rechtes auf gewerkschaftlichen Zusammenschluss und einen Gesamtarbeitsvertrag.

Die Banken - so klagen UNEB und die CUT an - haben mit allen Begünstigungen rechnen können, um an eine grössere Zahl von KolumbianerInnen und insbesondere an ärmere soziale Schichten zu gelangen. Doch sie haben dies nicht getan. Die Banken brauchen keine neuen Begünstigungen. Ein höherer Grad an sozialer Verantwortung und der Wunsch, einen Teil ihrer hohen Gewinne in einen höheren Deckungsgrad zu investieren und den Armen bessere Dienstleistungen zu bieten, würden vollauf genügen. Wir alle haben in Zeiten der Krise an die Konsolidierung und Stärkung der Banken beigetragen. Jetzt, in der Zeit der fetten Kühe, wird weniger Gefühlslosigkeit gegenüber der immensen Mehrheit der KolumbianerInnen gefordert, die weiterhin auf die Früchte der gegenüber den Banken gewährten Begünstigungen warten. Seit 1990 sind viele Normen geändert worden (Deregulation des Finanzwesens), welche von den Banken als Hindernisse betrachtet wurden, ohne dass sie jedoch für die Kunden in Bezug auf den Deckungsgrad, die Qualität und die Dienstleistungskosten Verbesserungen gebracht hätten. Es sind keine neuen Konzessionen notwendig. Was es braucht, ist eine grössere soziale Verantwortung. Die legalen Kontrollen gegenüber allen Kreditzinsen und insbesondere gegenüber der Benutzungsgebühren zu eliminieren, wird die Erhöhung dieser Gebühren zur Folge haben. In Kolumbien stehen wir vor einer noch grösseren Bankenkonzentration, wodurch die oligopole Struktur mit einer unangebrachten Marktbeherrschung zu Lasten der NutzerInnen noch verstärkt wird. Mehr Freiheit für die Handhabung der Zinssätze wird keine erhebliche Senkung der Kosten für die Kunden bedeuten.